

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands hat eine Initiative zur Schaffung von Elternseminaren entfaltet. Wenn dieses Gesetz festlegt, daß das Ministerium für Volksbildung die Einrichtung von Elternseminaren fördern soll, so werden wir noch stärker als bisher diese Arbeit festigen und ausbauen können. Die Eltern werden eine positive Mitarbeit an den Schulen selbst leisten können, wenn sie sich mit unseren neuen Erziehungsgrundsätzen und unserer demokratischen Schulreform vertraut machen.

Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau wird die Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik davon überzeugen, daß unsere Regierung alles tut, um in Zusammenarbeit mit unserem ganzen Volke unseren Müttern und Kindern ein schöneres und besseres Leben zu sichern. Jeder einzelne Paragraph dieses Gesetzes bringt die Fürsorge um unsere Mütter und Kinder und damit um die Zukunft unseres Volkes zum Ausdruck.

Wie anders geht die Entwicklung in Westdeutschland! Die Banner Marionettenregierung befaßt sich zur Zeit nach Berichten der Westpresse mit einem sogenannten Mutterschutzgesetz. In diesem Gesetz — es klingt fast wie Hohn — wird vorgeschlagen, einen Kündigungsschutz für Männer zu geben, deren Frauen schwanger sind. Wird damit nicht offen der Bankrott der westdeutschen Marshallplan-Wirtschaft zugegeben, die heute bereits hunderttausende Familienväter in das Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen hat? Gerade die Mütter mit ihren Kindern sind in Westdeutschland der größten Not ausgesetzt, und jetzt geht die westdeutsche Regierung Adenauers und seiner Trabanten an die Verwirklichung der Beschlüsse der westlichen Außenminister, nämlich die Söhne der westdeutschen Mütter in imperialistische Söldnerheere zu pressen. Das ist also der Mutterschutz der westdeutschen Regierung: Massengräber für ihre Söhne. Diesmal sollen sie für die westlichen Imperialisten in Tod und Verderben gejagt werden.

Die Umsiedler, die in Westdeutschland keine Arbeit haben, werden für die Fremdenlegion, für den Krieg der amerikanischen und französischen Imperialisten in Korea und Vietnam geworben. In Gera hat in diesen Tagen eine Mutter von ihrem Sohne einen Brief erhalten, der in Westdeutschland ist und der mitteilt, daß er sich verpflichtet habe, nach Korea zu gehen. Der Junge schildert begeistert, was er sich alles für den ersten Sold kaufen konnte. Ist das nicht bitter? Denn dieser Junge hat mit dem ersten Sold sein Leben verkauft! Ich glaube, das gilt es den westdeutschen Frauen klarzumachen.

Mit unserem Gesetz, das wir heute in der Provisorischen Volkskammer beschließen, müssen wir den westdeutschen Frauen vor Augen führen, daß sie den Kampf um eine friedliche Zukunft ihrer Kinder stärker als bisher aufnehmen müssen. Viele westdeutsche Frauen haben begriffen, daß man mit den Kindern an der Hand für den Frieden und für das Verbot der Atomwaffe demonstrieren muß. Der Kampf der Frauen und Mütter, der Kampf der Jugend in Westdeutschland gegen einen neuen Weltkrieg, diesmal unter Führung des amerikanischen Imperialismus, wird immer stärker.

Korea ist für uns deutsche Frauen und Mütter ein alarmierendes Beispiel. Wieder werden tausende Frauen und Kinder von amerikanischen Bomben getötet. Dieselben Kräfte, die das freiheitliebende und friedliebende Volk in Korea angegriffen haben, sitzen in unserer Heimat jenseits der Elbe und mitten in Berlin. Sie haben die Absicht, auch Deutschland in ein Schlachtfeld zu verwandeln.

In der Deutschen Demokratischen Republik dienen unsere Gesetze, die wir schaffen, dem Frieden, und unser Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz soll auch den

westdeutschen Frauen die Augen öffnen. Die Erfolge, die wir in der Deutschen Demokratischen Republik durch unsere Arbeit errungen haben, werden wir Frauen und Mütter niemals preisgeben!

(Lebhafter Beifall)

Wir Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik wissen, daß wir heute schon wieder etwas zu verlieren haben. Deshalb geloben wir, unsere Errungenschaften zu verteidigen. Wir werden dafür kämpfen, daß unsere Errungenschaften allen deutschen Frauen in einem geeinten Deutschland zur Verfügung gestellt werden können, daß sie alle diese Errungenschaften haben, die wir hier in der Deutschen Demokratischen Republik bisher erreichen konnten.

(Erneuter Beifall)

Ich glaube, daß dieses Gesetz uns mit hilft, die Frauen dafür zu gewinnen, sich stark an den Volkswahlen am 15. Oktober 1950 zu beteiligen. Sie werden den einheitlichen Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ihre Stimme geben, weil sie wissen, sie stimmen für den Frieden, für die Einheit unseres Vaterlandes, für den Aufbau, für ein glückliches Leben.

(Beifall)

Wir werden alles tun, damit die Wahlen am 15. Oktober 1950 zu einem überwältigenden Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und damit der Kräfte des Friedens werden, damit unseren Kindern ein Leben in Frieden und Demokratie erblüht.

(Lebhafter Beifall)

Vizepräsident Matern:

Das Wort hat Frau Edith Baumann für die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Abg. Frau Edith Baumann (SED):

Meine Damen und Herren! Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau, das die Regierung der heutigen Sitzung der Provisorischen Volkskammer zur Beschlußfassung unterbreitet, wird von allen Kreisen der Bevölkerung als ein weiterer Schritt zur Realisierung der in der Verfassung gewährleisteten Rechte begrüßt werden. Es ist ein Gesetz, das zwar die speziellen Interessen der Frauen anspricht, das jedoch unmittelbar zusammenhängt mit allen Maßnahmen unserer Regierung, die der Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Sorge um den Menschen dienen. Es ist gleichzeitig eine Verpflichtung für alle, die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung der Frau nicht mit einer Gleichmacherei zu wechseln, sondern auf die physischen Besonderheiten der Frau Rücksicht zu nehmen. Mit Recht wird in der Präambel dieses Gesetzes zum Ausdruck gebracht, daß im Zuge des Aufbaues der Deutschen Demokratischen Republik sich die Lage der Frau im gesellschaftlichen Leben von Grund auf geändert hat. Was an Arbeitsleistungen der Frauen in den Jahren nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus aus der Not geboren wurde, ist in den Jahren des Aufbaues unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen für Hunderttausende von Frauen zur selbstverständlichen gesellschaftlichen Verpflichtung geworden.

(Sehr richtig!)

Wir alle erinnern uns jener Zeit, wo viele Frauen, als Folge des Krieges plötzlich auf sich selbst gestellt: gezwungen waren, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und dabei Arbeiten zu übernehmen, die ihnen bisher ungewohnt waren. Frau Schmidt hat bereits auf das große Verdienst jener Frauen hingewiesen, die bei der Enttrümmerung unserer Städte unter unerhört schweren Bedingungen Hervorragendes geleistet haben.